

Bundesrat mahnt Transportunternehmen bei Preisgestaltung

Der Bundesrat erwartet, dass die Transportunternehmen allfällige Preisanpassungen mit Bedacht vornehmen. Das schreibt er in seiner am Donnerstag veröffentlichten Antwort auf einen parlamentarischen Vorstoss.



Bild: swiss-image.ch / Andy Mettler

Die Landesregierung fordert die Transportunternehmen auch dazu auf, den Goodwill von Bevölkerung und Kundschaft gegenüber dem öffentlichen Verkehr nicht aufs Spiel zu setzen. Transportministerin Simonetta Sommaruga werde die Tarifffrage in den Kontakten mit den Branchenvertretern thematisieren, heisst es weiter.

Für den Bundesrat sei es wichtig, dass mit der Preispolitik im öffentlichen Verkehr (öV) wirksame Anreize geschaffen würden, um die klimapolitischen Ziele im Verkehrsbereich zu erreichen und insbesondere in den gut erschlossenen Gebieten die Nutzung des öV zu stärken.

Gleichzeitig erinnert der Bundesrat daran, dass die Transportunternehmen für die Tarifgestaltung zuständig sind. Damit bestimmen sie – und nicht der Bundesrat – das Sortiment der Abonnemente und deren Preise.

Erkundigt hatten sich die Nationalräte Lorenzo Quadri (Lega/TI) und Michael Töngi (Grüne/LU). Im Mai war bekannt geworden, dass die Benutzung des öffentlichen Verkehrs bald teurer werden könnte. So könnte der Preis des Generalabonnements (GA) 2021 um 10 Prozent steigen. Ein GA der zweiten Klasse würde damit 4250 Franken kosten statt wie heute 3860 Franken.

Die Information entstammte einem internen Diskussionspapier der Tariforganisation ch-direct. Beschlossen wurden die Massnahmen noch nicht. (sda)

Publiziert am Donnerstag, 15. August 2019